

Hilfeschrei aus dem Ruhrgebiet

Die Entscheidung der Essener Tafel, nur noch Deutsche aufzunehmen, ist falsch. Aber der eigentliche Skandal ist die Politik in Berlin

Von Eva-Maria Lerch



Die *Essener Tafel* lässt keine neuen Ausländer mehr zu. Nachdem der Anteil der Migranten bei den Tafelkunden auf 75 Prozent gestiegen sei, würden alleinerziehende und ältere Deutsche sich dort nicht mehr wohlfühlen und wegbleiben, erklärt der Essener Tafelchef Jörg Sator. Deshalb werde die Essener Tafel vorerst nur noch Berechtigungen an Bürger mit deutschem Pass ausgeben. Das ist eine falsche und unselige Entscheidung, die wie ein schrilles Signal ins Land hinein schallt und nun aufgeregt auf allen Kanälen diskutiert wird. Während AfD-Politiker und CSU-Minister den Essener Ehrenamtlichen auf die Schulter klopfen, warnen Kritiker – von Sozialverbänden über Migrantenvertreter bis hin zu Kanzlerin Merkel – vor der fremdenfeindlichen Wirkung der Entscheidung. Doch der eigentliche Skandal liegt nicht bei den Ehrenamtlichen im Ruhrgebiet, sondern bei den Politikern in Berlin.

Die 934 Tafeln, die in Deutschland 1,5 Millionen Menschen mit vergünstigten Nahrungsmitteln versorgen, sind nicht nur ein bewegendes Beispiel für gesellschaftliches Engagement, sondern auch ein Symptom für das Versagen des Sozialstaats. Es ist kein Zufall, dass die Tafelbewegung sich erst seit 25 Jahren – also fast zeitgleich mit den Hartz-IV-Gesetzen – explosionsartig im Land verbreitet hat.

Jede neue Tafel, die hierzulande eröffnet werden muss, macht deutlich, wie groß die Not vieler Menschen infolge der Agenda 2010 geworden ist und wie weit die Schere zwischen Arm und Reich inzwischen klafft. Während die

Wirtschaft Rekordgewinne einfährt und die Politik sich vor Steuereinnahmen kaum zu retten weiß, stehen Alleinerziehende, Rentnerinnen, prekär Beschäftigte, arbeitslose Leiharbeiter, gebrechliche Menschen und Flüchtlinge landauf, landab bei den Tafeln um Konserven vor dem Verfallsdatum und Brötchen vom Vortag an. Damit vernachlässigt der Staat die Sorge um seine schwächsten Mitglieder und verlagert seine ureigenen Aufgaben auf unbezahlte und zunehmend überforderte Helfer. Die Verteilungskämpfe an der Tafel, vor

» Der Staat schiebt seine ureigene Aufgabe an überforderte Ehrenamtliche ab

denen die Essener jetzt kapituliert haben, sind nur eine Folge der ungerechten Verteilung der Mittel zwischen den oberen und unteren Schichten in einem der reichsten Länder der Erde. Es ist deshalb zynisch, wenn Politiker die Essener Tafel jetzt als rassistisch kritisieren oder – je nach politischer Ausrichtung – den Vorsitzenden in Essen anrufen und jovial in seiner Entscheidung bestärken.

Natürlich muss die Essener Tafel rasch eine bessere Lösung finden als die systematische Ausgrenzung von Ausländern. Die Verteilung sollte nach der Bedürftigkeit der Menschen geregelt werden und nicht nach ihrer Nationalität. Schon die Vergabe von Nummern am Eingang könnte Ruhe an die Tafel

bringen. Man kann die besonders knappen und begehrten Lebensmittel verlosen oder die Ausgabe an getrennten Tagen für Männer und Frauen organisieren. Das alles muss jetzt auch der runde Tisch aus Tafelvertretern und Kommunalpolitikern bedenken, der sich zusammensetzen wird, um eine gerechte und pragmatische Lösung für alle bedürftigen Bewohner der Großstadt im Ruhrgebiet zu finden.

Noch viel wichtiger aber ist es, dass die Politiker, die ursächlich für die prekäre Situation verantwortlich sind, die umstrittene Entscheidung der Essener als Hilfeschrei und finalen Weckruf begreifen. Statt die Situation der Bedürftigen in immer gleichen moralischen und populistischen Debatten zu zerreden und die ärmsten Menschen gegeneinander auszuspielen, muss die Politik in dieser Legislaturperiode endlich anfangen, die soziale Gerechtigkeit in Deutschland wieder herzustellen. Dazu müssen die Hartz-IV-Gesetze auf den Prüfstand genommen, teilweise reformiert oder ganz abgeschafft werden. Auch die monatlichen Regelsätze müssen überprüft und der Vorschlag für eine Grundrente wieder aufgegriffen werden.

Die Republik braucht aber nicht nur Reparaturen im Sozialsystem, sondern auch den Mut zu ungewöhnlichen Initiativen – etwa ein bedingungsloses Grundeinkommen. Wenn die reichen Mittel gerecht verteilt werden, werden alle Menschen, die in diesem Lande wohnen, genug zum Leben haben.

Die neue Große Koalition, die jetzt an den Start geht, hat viel zu tun.